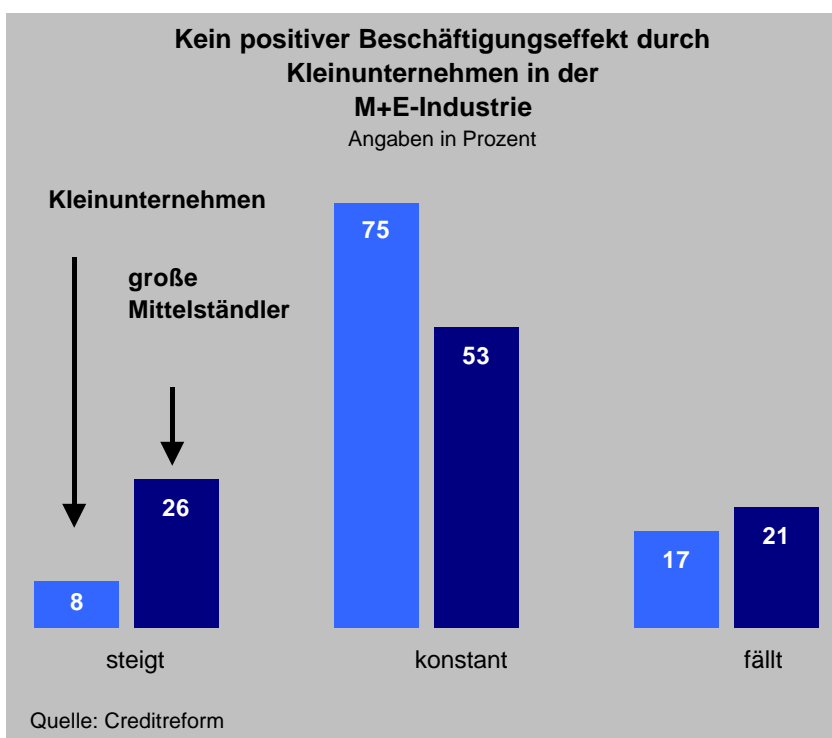


## Mittelständische M+E-Branchen: Arbeitsplatzabbau trotz Wachstum!

- ? Auftragseingang und Umsatz ziehen an
- ? Investitionen steigen
- ? Arbeitsplatzabbau hält an



**Hintergrund**

Die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie steht vor der Haustür. Wie sind die Wachstumsaussichten in den mittelständischen Metall- und Elektrobranchen? Welche Politik ist nötig? Mittelstandspolitik, - was heißt das?

Antworten auf diese Fragen gibt das vorliegende Papier.

**Inhalt: kurz & bündig**

Mittelständische Metall- und Elektrobranchen auf Wachstumskurs.

Aber:

- Personalabbau hält an
- Eigenkapitaldecke gering
- Kleinunternehmen weit abgeschlagen

Mittelstandspolitik ist dringender denn je! Mittelstandspolitik, das heißt...

... Stärkung der Binnenwirtschaft:

- Wachstumsfreundliche Geldpolitik
- Verteilungsgerechte Löhne
- Kein staatliches Sparen in der Krise

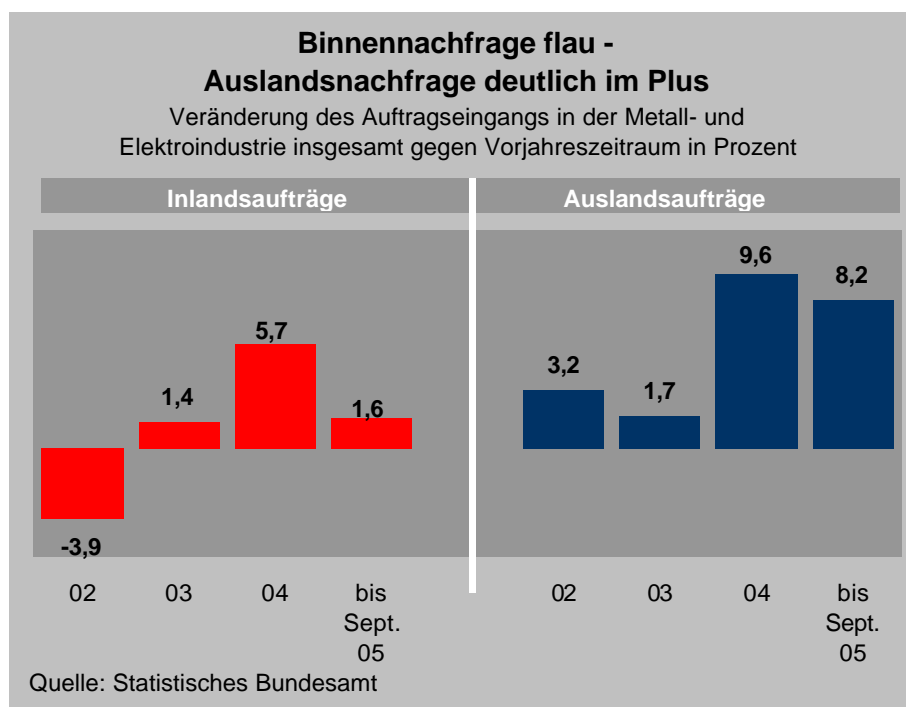
... mittelstandsorientierte Angebotspolitik:

- Innovation- und Forschungsförderung!
- Bildungspolitik!
- Infrastrukturausbau!
- Fördermaßnahmen zur Sicherung der Finanzierung!
- Umbau der Unternehmensbesteuerung!
- Gründungsförderung!
- Mitbestimmung!
- Entbürokratisierung!
- Kooperation!
- Wettbewerbspolitik!

Das Wachstumstempo hat in Deutschland im Jahresverlauf deutlich an Schwung gewonnen. Die Konjunkturindikatoren zeigen nach oben. Auch der Mittelstand löst sich aus der Stagnation. Die wirtschaftliche Erholung verläuft hier jedoch zäher als bei Großunternehmen. Eine Vorreiterrolle haben mittelständische Unternehmen der Metall- und Elektrobranche. Die Stimmung ist besser als in vielen anderen mittelständischen Wirtschaftszweigen. Dennoch gehen Arbeitsplätze verloren. Die kleinen Unternehmen sind deutlich pessimistischer als die großen. Wachstums- und Beschäftigungspolitik ist daher vor allem für KMU dringend nötig. Nicht allein der Unternehmer darf dabei jedoch im Mittelpunkt stehen. Gebraucht wird vielmehr ein wirtschaftspolitisches Konzept, das das gesamte Unternehmen einschließlich der Beschäftigten im Blick hat.

**Wirtschaft auf Wachstumskurs eingeschwenkt**

Abgesehen von der Wachstumsschwäche im Frühsommer steigt die deutsche Produktion seit dem letzten Herbst moderat an. Wachstumsmotor ist wie immer in den letzten Jahren die rege Auslandsnachfrage nach deutschen Waren und Dienstleistungen.



**Aufwärts geht es auch im Mittelstand**

Creditreform schrieb vor einigen Wochen: „Die Geschäftslage (im Mittelstand) ist die Beste seit fünf Jahren!“ Seit dem Konjunkturtief im Jahr 2002 haben sich Geschäftsklima, Auftragseingang, Umsatz und Investitionsbereitschaft deutlich verbessert.

**Wirtschaftliche Situation im Mittelstand**

	langfristiger Durchschnitt = null			
	2003	2004	Sept. 2005	
KMU-Industrie	-4,8	+5,4	+7,4	
<b>KMU gesamt</b>	<b>-8,9</b>	<b>-0,5</b>	<b>+3,6</b>	
	Aufträge		Umsatz	
	x Prozent mehr positive als negative Erwartungen			
	2003	2004	2003	2004
KMU-Industrie	+14,5	+18,2	10,9	+9,2
<b>KMU gesamt</b>	<b>+12,0</b>	<b>+15,1</b>	<b>-4,0</b>	<b>-3,5</b>
	Investitionsbereite Unternehmen			
	Anteil in Prozent			
	2003	2004	Sept. 2005	
KMU-Industrie	43,0	41,2	k.A.	
<b>KMU gesamt</b>	<b>31,3</b>	<b>34,6</b>	<b>43,8</b>	

Quelle: KfW

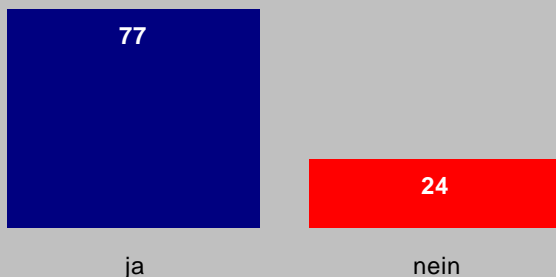
**Branchenvertreter positiv gestimmt**

Branchenvertreter bestätigen den Aufwärtstrend im Mittelstand ebenfalls.

- **Keiner** der durch die KfW im Herbst während einer Branchentagung befragten **Verbandsvertreter rechnet in den nächsten zwölf Monaten mit einer Konjunkturverschlechterung.** Zweidrittel erwarten eine Verbesserung.
- **Steigen sollen insbesondere die Inlandsumsätze.** Fünfzig Prozent der Befragten glaubt das. Niemand hält einen Rückgang für möglich.
- Knapp vierzig Prozent sind der Meinung, dass auch der **Auslandsatz zulegen** wird. Nur rund acht Prozent rechnen mit Rückgängen.
- Bei guten Absatzaussichten steigt die Investitionsneigung. Das bestätigt die KfW-Umfrage. Die **Verbandsvertreter erwarten mehrheitlich steigende Investitionen.**

Ungünstigere Finanzierungsbedingungen als bei größeren Unternehmen schränken die Investitionsbereitschaft jedoch ein. Daher fallen die Antworten zur Investitionserwartung pessimistischer aus, als das günstige Geschäftsklima erwarten lässt.

**Investitionsabsichten im nächsten Halbjahr in mittelständischen M+E-Unternehmen**  
Angaben in Prozent, gerundet



Quelle: DZ Bank

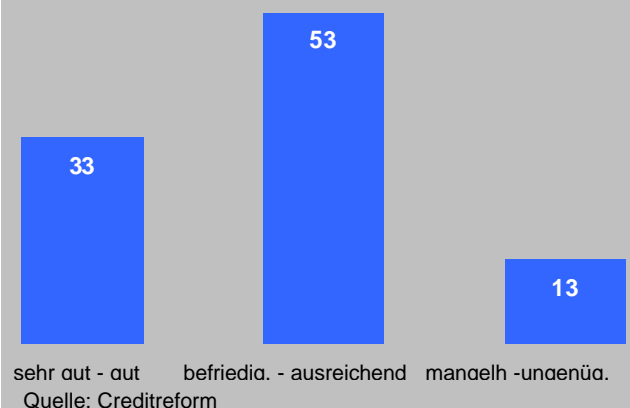
**Wachstumsmotor M+E-Branche**

Insbesondere in mittelständischen Metall- und Elektrounternehmen ist die Stimmung gut. Lage und Erwartungen sind überdurchschnittlich.

Kein Anlass zur Besorgnis ist die Tatsache, dass die Herbstumfrage der DZ-Bank schwächer ausgefallen ist als im Frühjahr. Das ist auf das hohe Stimmungsniveau zurückzuführen. Wer schon sehr gut gelaunt ist, kann kaum noch besser gelaunt werden.

**Gute Geschäftslage von KMU in der Metall- und Elektroindustrie**

Angaben in Prozent



Quelle: Creditreform

**Abgeschlagen: Stimmung von kleinen Mittelständlern**

Allerdings gilt, je kleiner ein Unternehmen ist, desto größer ist der Pessimismus über die zukünftige Geschäftsentwicklung und desto schlechter ist die gegenwärtige Lage. Das ist auch in den Metall- und Elektrobranchen nicht anders.

Weil die konjunkturelle Erholung von den Exporten getragen wird, kommt bei KMUs mit ihrer starken Binnenmarktorientierung **weniger und schleppender** etwas von der Konjunkturerholung als bei Großunternehmen an. **Dabei gilt, dass die schwache Inlandsnachfrage insbesondere die kleineren mittelständischen Unternehmen belastet.** In der Metall- und Elektrobranche rechnen zum Beispiel knapp 22 der großen Mittelständler mit Umsatzsteigerungen im nächsten Jahr. Von den Kleinen sind es aber nur 17 Prozent.

**Unternehmensgröße und Exportorientierung**

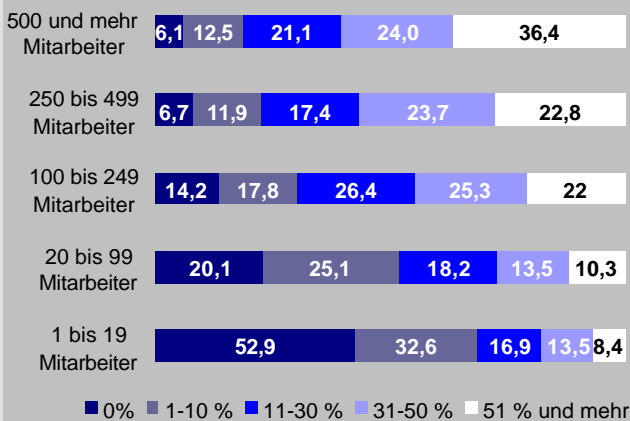
Je kleiner ein Unternehmen ist, desto geringer ist der Absatzradius. Vor allem kleine Unternehmen mit weniger als hundert Mitarbeitern konzentrieren sich auf den heimischen Absatzmarkt.

- Kleinstunternehmen haben häufig nur das regionale Umland im Blick. Über die Hälfte der Industrieunter-

nehmen mit weniger als 20 Beschäftigten exportierten 2004 gar nicht.

- Der Anteil der Exporte am Umsatz steigt mit der Unternehmensgröße an.
- Bei knapp einem Viertel der großen Mittelständler mit 250 bis 500 Beschäftigten macht der Export laut einer Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) bereits mehr als die Hälfte des Umsatzes aus.
- Bei rund 36 Prozent der Großunternehmen beträgt der Exportanteil am Umsatz mehr als fünfzig Prozent.

Exportquote von Industrieunternehmen 2004 in Prozent



Quelle: IfM Bonn 2005

Seit Mai holt die Stimmung im Mittelstand deutlich auf. „Mittelständler endlich auf moderatem Erholungskurs“ meldet daher auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Oktober 2005. Zuletzt war die Stimmung von mittelständischen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe sogar besser als die von Großunternehmen. Denn die Mittelständler hoffen auf eine Belebung der Binnenkonjunktur.

#### Bessere Stimmung - wieso eigentlich?

Im Kern ist die deutliche Aufhellung des Klimas auf folgende Ursachen zurückzuführen:

- **Steigende Investitionen im Inland:** Nach dem Ende des Booms im Jahr 2000 haben die Unternehmen wegen unsicherer Absatzmöglichkeiten Jahr für Jahr ihre Investitionen aufgeschoben. Einiges spricht dafür, dass die anziehende Konjunktur den Investitionsstau im Inland auflösen wird. Davon gehen auch die Wirtschaftsforschungsinstitute aus. Sie erwarten eine Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um 4,5 Prozent im nächsten Jahr. Auslöser für die zusätzlichen Investitionen sind vor allem die Exporte.
- **Steigende Ertragsaussichten durch sinkende Energiepreise:** Überdurchschnittlich stimmungsverbessernd für den Mittelstand wirken die zur Zeit rückläufigen Ölpreise. Denn insbesondere kleinere Unternehmen können die höheren Energiepreise nur schwer an ihre Kunden weiterge-

ben. Niedrigere Energiepreise sind daher für den Mittelstand gleichbedeutend mit besseren Ertragsaussichten.

- **Steigende Ertragsaussichten durch sinkende Lohnstückkosten:** Die Lohnstückkosten in Deutschland sind rückläufig. Die Unternehmer müssen immer weniger Geld für den Faktor Arbeit veranschlagen (2004: -4,3% gegenüber Vorjahr, Juni 2005: -3,7% gegenüber Vorjahr). Dazu trägt die niedrige Stundenlohnentwicklung bei, aber auch politische „Reformen“. In diesem Sommer sind Unternehmer beispielsweise aus der paritätischen Finanzierung der Krankenkasse entlassen worden. 4,5 Milliarden sparen sie dadurch. Ein großer Anteil hiervon kommt den personalintensiv produzierenden Mittelständlern zu Gute.
- **Mehr Konsum(?):** Zur Zeit zieht die Konsumlaune in Deutschland an. Die Mittelständler sind daher optimistisch. Insgesamt ist und bleibt die Achillesferse des Konsums jedoch die hohe Arbeitslosigkeit, die schwache Einkommensentwicklung der Vergangenheit und die schlechten Einkommensperspektiven. Es ist daher mehr als fraglich, ob die gestiegene Stimmung sich tatsächlich in höheren Verkaufszahlen widerspiegeln wird. Insbesondere die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 2007 gefährdet die Binnenkonjunktur erneut.

#### Ertragslage im Mittelstand hellt auf

Nicht nur die Stimmung, sondern auch die Ertragslage hat sich im Mittelstand in der Vergangenheit verbessert. Rund ein Viertel der Mittelständler erwartet, dass sich die Ertragslage im nächsten Jahr verbessert. Größere, stärker exportorientierte Mittelständler werden von der dynamischen Weltwirtschaft kräftiger profitieren.

Die verbesserte Gewinnsituation ist auf die besseren Absatzmöglichkeiten, aber vor allem auch auf **gesunkene Kosten für Arbeit** zurückzuführen. Die Margen für **Abatzpreissteigerung waren in der Vergangenheit gering und werden es voraussichtlich auch in Zukunft bleiben**. Das gilt vor allem für Produzenten von Massenprodukten. Hersteller, die innovative, qualitativ hochwertige Produkte herstellen wie der Werkzeugmaschinenbau, sind davon nicht betroffen.

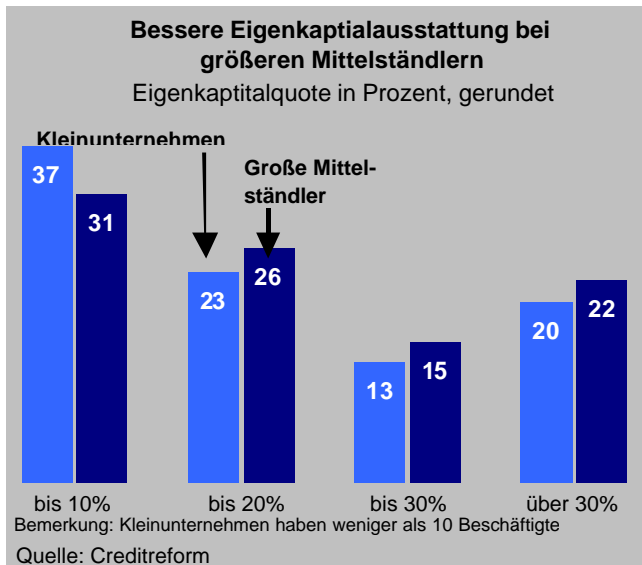
#### Eigenkapitalausstattung schlecht

Einige Unternehmen haben die Gewinnsteigerungen der letzten Jahre zur **Eigenkapitalkonsolidierung** verwendet.

Weil die Eigenkapitalausstattung im Mittelstand insgesamt eher schlecht ist - **rund siebzig Prozent der Mittelständler haben eine Eigenkapitalquote, die geringer als dreißig Prozent ist** - sind Maßnahmen zur besseren Kapitalversorgung dringend nötig. Die KfW gibt an, dass im Frühjahr 2005 **43,6 Prozent der kleinen mittelständischen Unternehmen Probleme hatten, überhaupt einen Kredit zu bekommen**, weil ihre Eigenkapitalausstattung den Banken zu gering war.

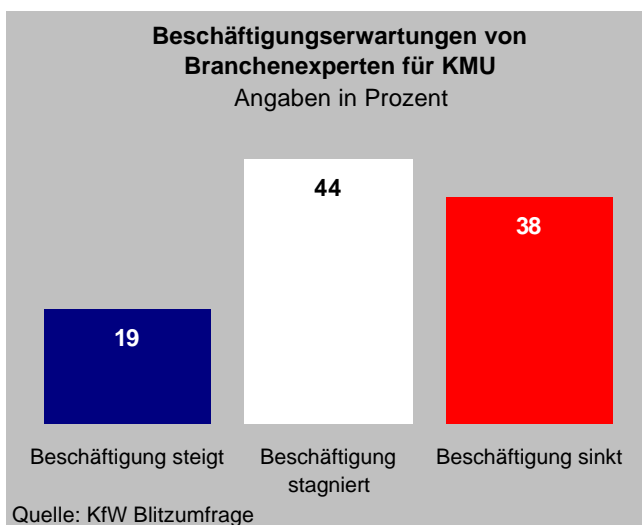
Zwar ist es einigen Mittelständlern gelungen, die Eigenkapitaldecke zu erhöhen. Entwarnung kann trotzdem nicht gegeben werden. Denn auch die Zahl der Betriebe, die deutlich unterkapitalisiert sind, ist gestiegen. Das betrifft insbesondere Kleinunternehmen.

Eine Ursache für die Scherenentwicklung ist die binnenwirtschaftliche Schwäche, die kleine Unternehmen kräftiger in den Keller zieht als große.



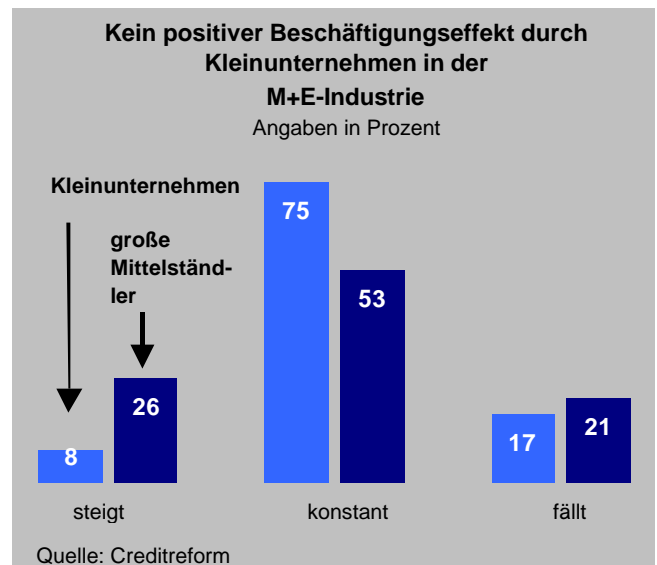
### Keine Trendwende am Arbeitsmarkt

Trotz aller Besserungstendenzen, am Arbeitsmarkt gibt es keine Trendwende. „Von 2003 auf 2004 ... haben sich die Kennzahlen der Unternehmen im Schnitt positiv entwickelt: Umsatz, Umsatzrendite und Exportquote sind im Durchschnitt gestiegen. Die Beschäftigung ist trotz dieser positiven Entwicklung leicht rückläufig,“ schrieb der Bund der Industrie (BDI).



Laut Creditreform entstanden im vergangenen Jahr im Mittelstand erstmals seit der Jahrhundertwende wieder mehr Stellen als abgebaut wurden. Dennoch, eine

Trendwende ist das nicht! Es wurden kaum mehr Stellen geschaffen als an anderer Stelle verloren gingen. Und der Stellenaufbau konzentrierte sich einseitig auf den Dienstleistungssektor. In den KMU-Betrieben der Metall- und Elektrobranchen wurde Personal abgebaut. Vor allem Kleinbetriebe entließen Arbeitskräfte. Wo dennoch neue Arbeitsplätze entstanden, waren dies vor allem 400-Euro-Jobs. Das gilt für siebenzig Prozent aller neu geschaffenen Stellen in Kleinunternehmen der Metall- und Elektrobranche. Nur dreißig Prozent waren Vollzeitstellen. Vollzeitstellen entstehen mehr oder weniger nur bei großen Mittelständlern. 71 Prozent der neuen Arbeitsplätze sind Vollzeitstellen, nur sechs Prozent der neuen Arbeitsplätze wurden an 400-Euro-Jobber vergeben. Die restlichen Stellen waren Teilzeitarbeitsplätze.



Die weiteren Aussichten am Arbeitsmarkt der Metall- und Elektrobranchen bleiben trüb. Insbesondere Kleinunternehmen werden auch in Zukunft beim Personal Federn lassen (Saldo Aufbau/Abbau: -9 Prozent). Bei den größeren halten sich Personal aufbauende und abbauende Betriebe annähernd die Waage (Saldo von negativen und positiven Antworten: +0,3%).

### Was tun? Forderungen nach einer effektiven Mittelstanspolitik

#### 1. Das A und O: Nachfragesteuerung

Bereits 2003 stellte die Bundesbank fest, dass „kleine und mittlere Unternehmen von der andauernden Wachstumsschwäche in Deutschland stärker in Mitleidenschaft gezogen worden sind als die Großunternehmen.“ Weil mittelständische Unternehmen verhältnismäßig wenig exportieren und stattdessen ihren Absatz stärker auf das regionale Umfeld beschränken, sind sie von der anhaltenden binnenwirtschaftlichen Schwäche kräftig gebeutelt.

Gerade mittelständische Unternehmen brauchen daher eine funktionierende Nachfragepolitik. Dafür ist eine koordinierte Geld-, Ausgaben- und Lohnpolitik nötig.

Konjunktursteuerung ist keine temporäre Aufgabe, sondern muss von den verantwortlichen wirtschaftlichen Akteuren - das sind die Europäische Zentralbank (EZB), die Regierung und die Tarifpartner - immer im Blick behalten werden.

Für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Maßnahmen nötig:

- **Wachstumsförderung statt Inflationsvermeidung durch die Europäische Zentralbank (EZB)!**

#### Handlungsfeld der EZB: Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Aufgabe, für Geldwertstabilität zu sorgen. Sie hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, dass **die Inflationsrate nicht höher als zwei Prozent wird**.

Diese Zielmarke ist eindeutig zu eng gesetzt.

- Auch in den USA ist die Inflationsrate häufig höher.
- In Ländern, die einen wirtschaftlichen Aufholprozess durchmachen, ist ebenfalls eine höhere Preissteigerung normal.

Will die EZB den unterschiedlichen wachstumspolitischen Erfordernissen der EU-Mitgliedsländer gerecht werden, muss sie sich ein großzügigeres Inflationsziel setzen.

In Deutschland leidet die wirtschaftliche Erholung immer wieder unter der Zinspolitik der EZB. Denn infolge der niedrigen deutschen Inflationsrate sind die Realzinsen hier höher als in vielen anderen EU-Ländern. Kredite sind teurer als im Ausland. Das trifft insbesondere den Mittelstand.

- **Keine Ausgabenkürzungen in konjunkturellen Schwächephasen!**
- **Keine konjunkturbelastenden Steuererhöhungen!**

#### Handlungsfeld der Regierung: Fiskalpolitik

Wenn das Geld in der Krise knapp wird, darf der Staat seine Ausgaben nicht zurückfahren. Sonst verschärft sich die Krise.

Doch die Berliner Politiker sind offensichtlich der Meinung, dass sie beim Bürger besser ankommen, wenn sie sich als Sparminister positionieren. Obwohl der Stabilitäts- und Wachstumspakt etwas gelockert wurde, gefährdet die neue Regierung die konjunkturelle Erholung durch übermäßige Sparanstrengungen und Steuererhöhungen. Das schätzt selbst der Sachverständigenrat so ein.

- **Leistungsgerechte Lohnerhöhungen!**

#### Handlungsfeld der Tarifpartner: Lohnpolitik

Löhne sollen mindestens im Gleichschritt mit Produktivitätsgewinnen und Preisen (= Verteilungsspielraum) steigen. Nur wenn das durch Produktivitätsfortschritt zusätzlich entstandene Angebot auf eine steigende Nachfrage stößt, kommt es zum Wachstum.

Lohnzurückhaltung führt dagegen nicht zu mehr Nachfrage. Das zeigt die Bilanz der letzten Jahre. Statt zu investieren oder Personal aufzustocken, tilgten die Unternehmen ihre Schulden.

Zur Nachfragesteuerung gehört auch die „Außenwirtschaftsoffensive der Mittelstandspolitik“ durch die Bundesregierung. Eines der Ziele ist es beispielsweise, mittelständischen Unternehmen den Zugang zu Exportbürgschaften und Investitions Garantien zu erleichtern.

Exportförderung tut dem Mittelstand zwar gut, weil die Abhängigkeit von der flauen Binnenkonjunktur sinkt. Langfristig sinnvoller ist jedoch von staatlicher Seite nicht nur auf den Export zu setzen, sondern auch für eine kräftige Binnenwirtschaft zu sorgen. Nur so kann eine extreme Abhängigkeit von der Auslandskonjunktur vermieden werden.

## 2. Angebotspolitik: Veränderte Rahmenbedingungen für eine sich wandelnde Welt

Kernproblem mittelständischer Unternehmen ist, wie oben dargestellt, die hartnäckige Nachfrageschwäche in Deutschland. Voraussetzung für Wachstum im Mittelstand ist eine kräftige Binnenkonjunktur.

Dabei kann es aber nicht bleiben. Zusätzlich muss der Staat für wirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgen, die Wachstum im Mittelstand erleichtern. Ziel muss es sein, den Strukturwandel zu unterstützen. **Dabei steht nicht der Unternehmer im Mittelpunkt, sondern das gesamte Unternehmen einschließlich der Beschäftigten.**

Wo Handlungsbedarf besteht, ergibt sich aus der jeweiligen aktuellen Situation. Es gibt keinen Maßnahmenkatalog, der für immer festgeschrieben werden kann. Was zu tun ist, das kann aus Umfragen unter Arbeitnehmern und Arbeitgebern abgelesen werden. Aber auch vorausschauendes Handeln ist nötig.

Zur Zeit lassen sich folgende Politikfelder identifizieren.

- Innovations- und Forschungsförderung
- Bildungspolitik,
- Infrastrukturausbau
- Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten
- Umbau des Steuersystems
- Gründungsförderung
- Betriebsdemokratie
- Kooperation
- Entbürokratisierung und Deregulierung

- Wettbewerbspolitik

### 3. Mittelstandspolitische Forderungen: ein grober Aufriss

#### **Innovations- und Forschungsförderung, Ausgangspunkt für vieles andere**

Laut einer Studie der Fraunhofer Gesellschaft gibt es deutliche Unterschiede im Innovationsverhalten von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Von insgesamt 3,3 Millionen KMU seien nur rund 200.000 „in hohem Maße innovativ und schaffen neue Produkte, Prozesse und Dienstleistungen. Von diesen sind es nur mehr 35.000, die kontinuierlich Forschung und Entwicklung betreiben.“

Die KfW stellt im Herbst 2005 fest, dass die Innovationsaufwendungen von KMU in den letzten Jahren stagnieren. Nur die von Großunternehmen wachsen spürbar. Innovations- und Forschungsförderung für KMU ist daher dringend nötig.

#### **Personal und Bildung**

Innovationen scheitern häufig an der knappen Personaldecke oder der Qualifikation des Personals.

Teilweise erledigen ursprünglich für Forschung und Entwicklung eingestellte Arbeitskräfte völlig andere Aufgaben, weil es Personalengpässe gibt. Die Entwicklung neuer Produkte oder Dienstleistungen leidet darunter. Teilweise fehlt innovativ und kreativ denkendes Personal. Teilweise ist das vorhandene Personal nicht in der Lage, verfügbare Forschungsergebnisse von Hochschulen für die eigene Firma zu nutzen. Teilweise fehlt eine langfristige Unternehmensplanung, weil das Management dazu nicht qualifiziert ist.

Nötig ist daher zum Beispiel die effizientere Vernetzung von staatlicher Forschung, Entwicklung und Bildung mit Unternehmen. Transfer- und Kooperationsstrukturen müssen aufgebaut werden und bekannt gemacht werden. Der Technologietransfer könnte zum Beispiel besser voran gebracht werden, wenn - wie die Fraunhofer Gesellschaft vorschlägt - die „Forschung in die Praxis“ gehen würde.

Nötig ist auch die Finanzierung von Hochschulen und Berufsbildungsstätten und die Förderung von Weiterbildungsmöglichkeiten. Personalentwicklungs- und Weiterbildungskonzepte sind gerade in KMUs wichtig, denn hier wird Weiterbildung klein geschrieben.

#### **Betriebsdemokratie: ein Baustein der Mitarbeitermotivation**

Ob und wie leistungsfähig ein Betrieb arbeitet, ist entscheidend von der Stimmung im Betrieb abhängig. Mitarbeiter, die in Entscheidungen eingebunden werden, die über Geschäftsziele und -situation informiert sind und deren Bedürfnisse beim Arbeitgeber Gehör finden, sind motivierter und leistungsbereiter. Die Inhaber von Kleinbetrieben, die ihren Betrieb selber führen, hören das häufig nicht gern. Dennoch ist erwiesen, dass ein kooperativer Führungsstil mehr bringt als patriarchalisches Auftreten. Mitbestimmung im Betrieb ist ein Schritt in die richtige Richtung. Sie ist ein Faktor zur Steigerung der Produktivität, kein Kostennachteil.

#### **Infrastrukturausbau**

Die Infrastruktur ist ein zentraler Standortfaktor für Unternehmen. Dennoch haben Städte und Gemeinden in den letzten Jahren sehr wenig in ihre Infrastrukturausstattung investiert. Ihnen fehlen schlicht und einfach die Mittel. Und gerade das führt in vielen mittelständischen Unternehmen zu wirtschaftlichen Problemen.

##### **Gefahr für den Standort D**

Der Zentralverband des Baugewerbes schätzt, dass die Kommunen, die Hauptträger staatlicher Infrastrukturinvestitionen sind (sie führen 2/3 aller staatlichen öffentlichen Sachinvestitionen durch), ein Fünftel des Baubedarfs wegen fehlender Mittel nicht realisieren konnten. Um den vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIfU) geschätzten Investitionsbedarf zu decken, müssten die Kommunen bis 2009 ihre Infrastrukturausgaben jährlich mehr als verdoppeln!

Der Anteil der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen insgesamt am Bruttoinlandsprodukt betrug 2004 nur 1,4 Prozent. In Frankreich und Spanien wurde 3,3 bzw. 3,7 Prozent investiert. Die IG Metall fordert von Bund, Ländern und Gemeinden, den Anteil der staatlichen Investitionen mindestens auf das europäische Durchschnittsniveau von 2,5% anzuheben, also mehr als 20 Milliarden Euro zusätzlich zu investieren.

Würden jährlich 20 Milliarden Euro mehr in die öffentliche Infrastruktur investiert, dann würden 500.000 neue Arbeitsplätze entstehen. - Für den Mittelstand bringt der Erhalt und Ausbau der Infrastruktur gleich zweierlei Vorteile:

- weite Teile des Mittelstands profitieren als Auftragnehmer,
- mittelständische Unternehmen sind aber auch Nutzer der Infrastruktur.

Zum Ausbau und Erhalt der Infrastruktur gehören nicht nur Investitionen in Sachanlagen. Als Standortfaktor sind auch Vorteile durch die Ballung von Humankapital und Unternehmen entscheidend. Kooperations- und Wissensnetzwerke, wie sie zum Beispiel für Forschung und Innovation nötig sind, werden so erst ermöglicht.

## Der Umbau des Steuersystems

Damit die Kommunen wieder verstärkt in die Infrastruktur investieren können, benötigen sie sichere Einnahmequellen. Eine Gemeindefinanzreform ist dringend nötig, - oder Bund und Länder müssen mehr Mittel an die Gemeinden abgeben. Die IG Metall strebt die Einführung einer **Gemeindegewerbesteuer** an. Alle Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, dazu gehören auch Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, sollen durch die Gemeindegewerbesteuer besteuert werden.

### ? Unternehmenssteuerreform im Einzelnen

Grundsätzlich gilt: damit der Staat funktioniert, braucht er Einnahmen. Für Nettoentlastungen gibt es heute keinen Raum. Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Finanzen ist der Mittelstand bereits durch die Steuerreform 2000 kräftig entlastet worden, und zwar um 11,8 Milliarden Euro (= rund 1/3 des gesamten Entlastungsvolumens).

Ziel einer Unternehmenssteuerreform muss nicht die Aufkommensenkung, sondern

- die Vereinfachung der Steuerregeln und
- eine gerechte Verteilung der Steuerlast

sein.

Insbesondere der Mittelstand ist ein Gewinner von mehr Steuergerechtigkeit. Unternehmen werden in Deutschland schon lange nicht mehr nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert. Das gilt besonders für Großunternehmen, die steuerliche Gestaltungsspielräume besser ausnutzen können. Es geht also nicht darum, KMU-Unternehmen gegenüber Arbeitnehmern steuerlich besser zu stellen. Es geht vielmehr darum, Großunternehmen, KMU und Arbeitnehmer steuerlich gleich zu stellen.

### Ansatzpunkte für eine gerechte und einfachere Besteuerung mit positiver Wirkung auf den Mittelstand:

- ? **Reduktion der Einkunftsarten** auf vier Typen, um den Wildwuchs von unzähligen verschiedenen Ermittlungsverfahren, Freibeträgen und Tarifen einzudämmen:
  - Einkünfte aus unselbständiger Arbeit,
  - Einkünfte aus selbständiger Arbeit (einschl. Vermietung und Verpachtungseinkünften),
  - Einkünfte aus Kapitalvermögen und
  - Versorgungseinkünfte und sonstige Einkünfte.
- ? **Einzelheiten zur Körperschaftsteuer**, die Kapitalgesellschaften und damit besonders Großunternehmen zahlen: Der Körperschaftsteuersatz sollte von 25 auf 30 Prozent erhöht werden. Eine Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes ist keine Zumutung. Denn wenn die Gewerbesteuer zur Gemeindegewerbesteuer reformiert wird, nimmt trotz höherem Körperschaftsteuersatz die tarifliche Grenzbelastung von Unternehmensgewinnen, die der Körperschaftsteuer unterliegenden, gegenüber dem Rechtsstand ab 1.1.2005 nicht zu.

? **Linear progressive Besteuerung von natürlichen Personen bei der Einkommensteuer:** Nur so ist eine Besteuerung nach dem Prinzip der ökonomischen Leistungsfähigkeit möglich. Wer mehr verdient, zahlt auch mehr. Das Konzept der solidarischen Einfachsteuer (SES) sieht vor, dass der Eingangssteuersatz von 15 Prozent, der ab einem Einkommen von 8.000 Euro gilt, linear auf den Spitzensatz von 45 Prozent ansteigt. Dieser soll ab einem Einkommen von 60.000 Euro gelten. Kleinunternehmen werden also entlastet, gut gestellte zahlen mehr.

? **Steuerschulplöcher schließen:** Besonders Großunternehmen und große Mittelständler profitieren von Steuergestaltungsmöglichkeiten. Ihre Finanzstärke erlaubt es ihnen, findige Steuerberater zu bezahlen, die wissen, wo man Steuern sparen kann. Schulplöcher sind ungerecht und sollten daher geschlossen werden. Das gilt allerdings auch für Schulplöcher, von denen Mittelständler profitieren.

Die Möglichkeit, **Gewinne und Verluste innerhalb einer Unternehmensgruppe zu verrechnen**, müssen reduziert werden. Ziel muss es sein, nur bei einer tatsächlichen wirtschaftlichen Einheit von rechtlich selbständigen Unternehmen, die Verrechnung von Gewinnen und Verlusten innerhalb der Unternehmensgruppe zu erlauben.

**Gestaltungsregeln bei der Gewinnermittlung** müssen eingeschränkt werden. Das heißt,

- ? Gewinne sollten dann versteuert werden, **wenn sie entstanden sind** (Vermögen und Schulden werden mit Marktwerten bewertet, Rückstellungsbildung wird erschwert, Abschreibungen orientieren sich an der tatsächlichen Nutzungsdauer (**genau das sieht der Koalitionsvertrag allerdings nicht vor: stattdessen werden degressive Abschreibungen für Investitionen gefördert: das begünstigt besonders finanzstarke Großunternehmen, die eine Förderung gar nicht nötig haben!**), Verluste dürfen in Gewinnperioden den steuerpflichtigen Gewinn nur teilweise reduzieren)
- ? Gewinne, die in Deutschland erwirtschaftet werden, werden auch **hier besteuert** (keine Steuerfreistellung von ausländischen Betriebsstättengewinnen und Dividenden, sondern ausländische Steuern auf die deutsche Steuerschuld anrechnen und zwar bis maximal zur Höhe der deutschen Steuern)
- ? **Abzug von privat veranlassenen Aufwendungen** von den Gewinnen durch die Einführung von **Höchstbeträgen und den Ausbau der Dokumentationspflicht.**

- **Erhöhung der Mehrwertsteuer: der falsche Weg**  
Eine höhere Verbrauchsbesteuerung ist insbesondere für den Mittelstand schädlich.

### Die Wirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung

- ? In der Theorie der Lehrbücher wälzen die Unternehmen eine Mehrwertsteuererhöhung auf die Verbraucher ab. Ihre Ertragslage bleibt unbeeinflusst. Doch alle Theorie ist grau. Denn bei schwacher Nachfrage können die Unternehmen die höhere Steuer **nicht oder nur teilweise an den Verbraucher** weitergeben.

- ? **Schwarzarbeit gewinnt** durch eine Mehrwertsteuererhöhung an Attraktivität, weil sie relativ zu legaler Arbeit billiger wird. Nur legal vergebene Aufträge werden von der Mehrwertsteuererhöhung berührt. Verlierer ist wieder einmal das Handwerk.
- ? Höhere Verbrauchssteuern belasten den Konsum, weil Waren und Dienstleistungen teurer werden. Steigt das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nicht parallel zur Steuererhöhung, dann bleibt weniger zum Kauf übrig.

Wie die Wirkung ausfällt, kommt immer auf die konkrete Ausgestaltung der Mehrwertsteuererhöhung an. Wird die Mehrwertsteuer gleichmäßig für alle Waren und Dienstleistungen erhöht? Gibt es Ausnahmen für bestimmte Produktgruppen? Für was wird die Steuererhöhung verwendet?

**Um das von der Binnenwirtschaftsschwäche stark gebeutelte Handwerk nicht noch weiter zu belasten, sollten arbeitsintensive Leistungen einem reduzierten Mehrwertsteuersatz unterworfen werden!** Diesen Weg beschreitet die Regierung allerdings nicht! Sie wird die Mehrwertsteuer 2007 um drei Prozentpunkte erhöhen. Eine Ausnahme für das Handwerk gibt es nicht!

Positiv für das Handwerk wirkt, dass **Handwerksleistungen zum Teil von der Einkommensteuer absetzbar** werden. Reguläre Handwerksarbeit wird gegenüber der Schwarzarbeit gefördert. Das ist gut. Allerdings ist die **Wirkung kleiner als die einer Mehrwertsteuerermäßigung für Handwerksarbeiten gewesen wäre.**

Wenn schon eine höhere Mehrwertsteuer nicht zu vermeiden ist, sollten die Mehreinnahmen zumindest teilweise zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet werden. Das hat die neue Koalition auch vor. Gewinner davon sind besonders arbeitsintensive Unternehmen, also auch die Handwerksbetriebe, und die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer.

Verteilungspolitisch ist und bleibt die Erhöhung der Mehrwertsteuer jedoch verfehlt, auch wenn dadurch die Lohnnebenkosten sinken. Rentner, Arbeitslose und Beamte zahlen zwar die höhere Verbrauchsteuer, haben aber keine Entlastung. Das ist ungerecht und unsozial, weil es zumindest teilweise die Sozialschwachen trifft.

Um die Liquiditätsbelastung für Kleinunternehmen durch die Mehrwertsteuer zu reduzieren, ist es sinnvoll, dass Unternehmer die Steuer erst dann an den Staat zahlen müssen, wenn der Auftraggeber die Rechnung bezahlt hat (**Umstellung von der Soll- auf die Ist-Besteuerung**). Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass diese Regelung, die zur Zeit nur für kleinste Unternehmen gilt, ausgedehnt wird. Das ist positiv, weil dann kleine kapitalschwache Unternehmen weniger belastet werden.

- ? **Erbschaftsteuer: keine grundlegende Reform nötig!**

Um Steuergerechtigkeit zu erreichen, muss Grund- und Immobilienvermögen mit den Marktwerten oder nahe daran liegenden Werten bewertet werden. Eine Ausnahme für Unternehmensvermögen und Anteile an Kapitalgesellschaften ist nicht sinnvoll und auch nicht gerecht.

Damit es dennoch keine Probleme bei der Vererbung von KMU gibt, sind Freibeträge nötig.

**Bereits heute gibt es eine bis zu zehnjährige Stundung der Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen, wenn dies zur Erhaltung des Betriebes nötig ist!** Diese Regelung sollte zeitlich erweitert werden, wenn es zur Erhaltung des Betriebes nötig ist. **Weitergehende Regelungen braucht der Mittelstand jedoch nicht! Das bestätigt auch der Sachverständigenrat in seinem aktuellen Herbstgutachten.** „Angesichts dieser (der bereits bestehenden) Möglichkeiten ist nicht zu sehen, warum eine über die geltenden Regelungen hinausgehende Begünstigung des Betriebsvermögens für den Unternehmenserhalt erforderlich sein sollte. Aber selbst wenn ein Erbe das erworbene Unternehmen zur Begleichung der Erbschaftsteuerschuld verkaufen würde, hätte dies nicht zwangsläufig den Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge. Der Käufer wird das Unternehmen ja nur dann übernehmen, wenn es hinreichend profitabel ist.“

**Arbeitgebervertreter fordern, dass die Erbschaftsteuer zunächst gestundet wird und mit jedem Jahr der Betriebsfortführung um ein Zehntel sinkt. Nach zehn Jahren müsste der Mittelständler keine Erbschaftsteuer zahlen. Dafür gibt es jedoch keine Begründung. Der Erbe eines Betriebes würde gegenüber dem Käufer eines gleichwertigen Betriebes ungerechtfertigt besser gestellt werden.**

### **Kapitalbeschaffung schwierig**

Vieles scheitert im Mittelstand an der **Unternehmensfinanzierung**. Geringe Eigenkapitalquoten und schlechte Ratings (= Ergebnisse bei formalisierten Risikobefragungen durch Banken) als bei vielen Großunternehmen behindern die Kreditbeschaffung und damit die Investitionstätigkeit.

Es gibt in Deutschland zwar jede Menge Förderinstrumente. Nötig ist aber eine durchgehende Förderung von der Gründung eines Unternehmens bis zur Markteinführung des Produktes bzw. der Dienstleistung. Der Genehmigungsprozess der Förderung muss vereinfacht und transparenter werden. Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass KMU infolge der geringen Größe Nachteile haben.

Die weitere Entwicklung und Information alternativer Formen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis sind ebenfalls ein Ansatzpunkt zur Erleichterung der Mittelstandsfinanzierung. Die wichtigsten Instrumente zur Aufstockung des

Eigenkapitals sind noch immer die Einbehaltung von Gewinnen, die Eigenkapitalerhöhung sowie die Aufstockung eigener Einlagen.

### **Gründungsförderung**

Keine Förderung um jeden Preis, sondern die selektive Förderung überlebensfähiger Mittelständler muss das Ziel der Politik sein.

An eine Förderung um jeden Preis erinnern Ich-AGs. Das Ziel, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, wird auf diesem Weg jedoch nicht erreicht. Denn viele Ich-AGs sind wegen fehlender Konzepte und Qualifikation nicht langfristig überlebensfähig. So lange sie am Markt sind, gefährden sie in vielen Fällen jedoch andere Mittelständler durch Dumpingpreise. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, wie sie von herkömmlichen mittelständischen Betrieben angeboten wird, wird während der Lebensdauer der Ich-AG gefährdet oder geht sogar verloren.

### **Wettbewerb ja, aber bitte gerecht**

#### ? **EU-Dienstleistungsrichtlinie**

Wettbewerb spornt an und führt zu hoher Leistung. Voraussetzung ist allerdings, dass die Rahmenbedingungen gerecht sind. Daher muss die EU-Dienstleistungsrichtlinie dringend überarbeitet werden. Nicht nur für manche Branchen, sondern für alle muss gelten, dass die Erbringung einer Dienstleistung nach den Regeln des Ziellandes stattfindet. Jede andere Regelung belastet den heimischen Mittelstand. Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gehen verloren.

#### ? **Scheinselbständigkeit verhindern**

In zulassungsfreien Handwerksberufen haben Unternehmensgründungen von „Scheinselbständigen“ aus den neuen Mitgliedstaaten seit dem 1. Mai 2004 zugenommen. Nachverhandlungen auf europäischer Ebene sind nötig.

### **Kooperationen fördern**

Kleine und mittlere Unternehmen sind zwar aufgrund ihrer geringen Größe flexibler als Großunternehmen. Die geringe Größe ist aber nicht nur von Vorteil. Weil zu wenig Mitarbeiter da sind, läuft zum Beispiel der Wissenstransfer zwischen Hochschule und Unternehmen häufig nur schleppend oder gar nicht. Die Entwicklungskosten belasten kleinere Unternehmen verhältnismäßig mehr als Großunternehmen. Immer auf dem neuesten Stand über die verschiedenen Förderprogramme des Bundes zu sein, ist um so schwieriger, je weniger Personal vorhanden ist.

Kooperationen zwischen KMU müssen daher von Politik und Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften gefördert werden.

### **Koalition auf dem falschen Weg**

Gerne hätten wir uns dem Chor derer angeschlossen, die mit fast feuchten Augen die Ankündigung von Angela Merkel im Fernsehen weitergegeben haben, dass der Koalitionsvertrag stehe. Doch dazu weist der Vertrag zu viele Mängel für den Mittelstand aus.

Eine wirklich gute Mittelstandspolitik ist zwar möglich, muss sich jedoch an den tatsächlichen, oben aufgezählten Erfordernissen orientieren.